

II - 1220 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

△
 B M
 W F
 ▽

A-1014 WIEN
 MINORITENPLATZ 5
 TEL. (0222) 531 20-0

GZl. 10.001/9-Parl/91

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Dr. Heinz FISCHER
 Parlament
 1017 Wien

376 IAB

1991 -03- 19

zu 369 IJ

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 369/J-NR/1991 betreffend ein Rundschreiben des Wissenschaftsministers an "alle Sektions- und Gruppenleiter", die die Abgeordneten Dr. STIPPEL und Genossen am 30. Jänner 1991 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu 1.:

In der Sitzung des Ministerrates am 14. Jänner 1991 wurde über die aktuelle Situation im Nahen Osten und in der UdSSR beraten. Angesichts der dramatischen Situation und Ereignisse wurde auf die Gefahr von Reisen in Krisen- und Kriegsgebiete hingewiesen. Der Ministerrat nahm meinen Bericht, in dem die verständliche Besorgnis für allfällige Reisen sowie die Vorsorge bei allfälligen akuten Geschehnissen rasch reagieren zu können zum Ausdruck kam, zur Kenntnis.

Zu 2.:

Ja.

Zu 3.:

Gemeint war der Erlaß des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, Zl. 60.767/1-15/91, der von mir nicht unterzeichnet ist.

- 2 -

Zu 4.:

Aufgrund der aktuellen Kriegssituation habe ich als Vorsichtsmaßnahme diese Weisung zur Minimierung von persönlichen Risiken und Gefährdungen erteilt.

Zu 5.:

Ich habe nie "insbesondere" Reisen nach Israel verboten.

Zu 6.:

Tunesien und Marokko sind zweifellos nicht dem "Nahen Osten" zuzurechnen. Ägypten zählt allerdings auch - wie die aktuelle geopolitische Situation erweist - zu den potentiell gefährdeten Gebieten, wenngleich dies keine "Einstufung" bedeutet.

Zu 7.:

Die Sorge in bezug auf die UdSSR war eine vorbeugende Maßnahme, um für allfällige Verschärfungen der Situation in der Sowjetunion vorbereitet zu sein. Kontakte mit "der Demokratiebewegung und fortschrittlichen und nach Westeuropa orientierten Kräften" sollen keineswegs abgebrochen werden, vielmehr sollen sie in entsprechender Form unter Bedachtnahme auf die Möglichkeiten einer Dialogsituation abgestellt werden. Überdies habe ich die Anweisung erteilt, Reisen in die baltischen Länder auf jeden Fall zu genehmigen.

Zu 8.:

Dies ist nicht der Fall.

Zu 9.:

Autonome Kontakte der Universitäten sind autonome Entscheidungen.

- 3 -

Zu 10.:

"Was wirtschaftliche und sonstige Kontakte" betrifft, so werden sie anhand der jeweiligen konkreten Situation im Einzelfall zu beurteilen sein. Welche Probleme daraus entstehen können, war wiederholt Gegenstand öffentlicher Diskussionen.

Zu 11.:

Nein.

Zu 12.:

Nein, dazu bestand infolge der Dringlichkeit weder die Möglichkeit, noch der Anlaß eines durch entsprechende gesetzliche Regelung erforderlichen Handlungsbedarfes.

Zu 13.:

Die Einhaltung von Verträgen müßte anhand konkreter Umstände und Situationen im Einzelfall geprüft werden.

Wien, am 15. März 1991

Der Bundesminister:

